

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Bewegung in der Regionalpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1984) : Bewegung in der Regionalpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 11, pp. 520-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135975>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Eberhard Thiel

Bewegung in der Regionalpolitik

Während sich trotz aller Ankündigungen im Gesamtkomplex der Subventionen kaum Veränderungen zeigen, scheint ein Element der Förderungs politik – die regionale Strukturpolitik – hinsichtlich ihrer Konstruktion in Bewegung zu geraten. Verstärkt diskutiert werden gegenwärtig neben der Entleerung des ländlichen Raumes die Unterschiede der Wachstumsraten des Sozialprodukts und der Arbeitslosenquote zwischen Nord- und Süddeutschland, die mangelnde Anpassung in alten, monostrukturierten Industriegebieten und die finanzwirtschaftlichen Engpässe in großen Zentren.

Ziel der Raumordnungspolitik ist die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundesrepublik. Dazu gehört neben der Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen auch die Schaffung von Arbeitsplätzen und deren langfristige Sicherung. Als ein wesentliches Instrument dieser Politik wurde die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur mit ihren staatlichen Zuschüssen und Investitionszulagen ins Leben gerufen.

Gegenüber den 70er Jahren verloren jedoch die Fördergebiete zu

Beginn der 80er Jahre als Standorte von Investitionen in Wachstumsbranchen an Gewicht, während ihre Bedeutung als Standorte von Investitionen in unterdurchschnittlich wachsenden Branchen nicht etwa abnahm. Das spricht nicht dafür, daß durch diese Förderung auch für die Zukunft sichere Arbeitsplätze geschaffen wurden – und kann somit auch nicht als ein Erfolg verbucht werden.

Aber auch aus anderen Gründen werden Änderungen der Gemeinschaftsaufgabe erwogen. Die in der gegenwärtigen Diskussion geforderte Aktualisierung der Fördergebiete hinsichtlich ihrer Auswahl und Abgrenzung ist zu begrüßen. Dabei sollte nochmals über die Schwelle nachgedacht werden, ab der eine Beseitigung oder Minderung regional unterschiedlicher Entwicklungen oder Niveaus als „im öffentlichen Interesse liegend“ angesehen werden soll. Zumindest sollten einheitliche Wirtschaftsregionen nicht in Förder- und Nicht-Fördergebiete aufgeteilt werden, auch wenn dies nun schon eine lange Tradition hat. Auf der anderen Seite hätte wohl auch eine stärkere Orientierung der Subventionen am eingesetzten Humankapital und eine weniger starke am Sachkapital, die bisher vorherrscht, positive Effekte, wenn dafür Indikatoren gefunden werden könnten, die auch zu einer höheren Qualifizierung der Arbeitskräfte Anreize böten.

Skeptischer sollte das Vorhaben beurteilt werden, das Handwerk und in einem vermehrten Umfang Dienstleistungen in die Förderung einzubeziehen. Nicht nur, weil einige dieser Zweige vielfach nur von lokaler Bedeutung sind, sondern weil nicht so ohne weiteres angenommen werden kann, daß auf diese Weise in Fördergebieten weit außerhalb der großen Zentren angesiedelte hochwertige und moderne Dienstleistungsbereiche tatsächlich expandieren könnten. Als Folge da-

von wäre auch zu erwarten, daß analog zu den alten Industriegebieten, die entweder bereits zu Fördergebieten erklärt wurden oder danach streben, nunmehr auch ältere Dienstleistungszentren Anerkennung als Fördergebiet verlangen.

Eine stärkere Einbeziehung des tertiären Sektors wird auch damit begründet, daß die sektorale Diskriminierung in der Gemeinschaftsaufgabe vermindert werden müsse. Eine andere Art der sektoralen Selektion wurde jedoch eingeführt: In den Sonderprogrammen für die Stahlstandorte und für Bremen wurden jene Branchen aus der Förderung ausgeschlossen, deren verzögerte Anpassung, die auch von der bisherigen Subventionspraxis zu verantworten ist, mit zu den regionalen Problemen geführt hat. Eigentlich sollte dieser Ausschluß eine Selbstverständlichkeit sein. Diese Berührung zwischen der sektoralen und der regionalen Förderung zeigt jedoch auch die generelle Schwäche der regionalen Strukturpolitik: Im Vergleich zu den sektoral gezielt vergebenen Subventionen hat die Regionalförderung nur ein geringes Gewicht. Die regionalen Effekte der Sektorsubventionen sind daher bei weitem größer als die der Regionalförderung.

Bei aller Skepsis gegenüber der staatlichen Selektionspraxis im Rahmen der Strukturpolitik sollte eine sektorale Differenzierung der Regionalpolitik zumindest darin bestehen, alle jene Produktionen von der Förderung auszuschließen, die schon lange nicht mehr wettbewerbsfähig sind und für die Überkapazitäten bestehen. Wegen des dominierenden Gewichts der Sektorsubventionen sollte dieses für alle Erhaltungssubventionen gelten – besonders auch in den Nicht-Fördergebieten. Angesichts der jährlich gewährten hohen Beträge sollte die erforderliche Abstimmung zwischen der regionalen und sektoralen Strukturpolitik nicht nur ein Schlagwort bleiben.